

Pressemeldung

Öffentlichkeitsbeteiligung für neuen Bundesverkehrswegeplan beginnt

Nr. 78/13 - 13.06.2013 - **EM** - Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung

Mit der Freischaltung des Online-Informationsangebotes auf der Internetseite des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung beginnt morgen (14.06.2013) die Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Priorisierung der Maßnahmen, die im Straßenbereich für den neuen Bundesverkehrswegeplan (BVWP) angemeldet werden sollen. Bis Ende August haben Bürgerinnen und Bürger sowie Institutionen die Möglichkeit, unter der E-Mail-Adresse bvwp@em.mv-regierung.de Anregungen zu den einzelnen Maßnahmen mitzuteilen.

Der neue BVWP soll voraussichtlich 2015 beschlossen werden. Im Gegensatz zu den Schienen- und Wasserstraßenprojekten gibt es im Straßenbereich im Vorfeld eine Bewertungs- und Abstimmungsphase. Die Länder können Vorschläge zur Aufnahme von Projekten in den BVWP machen. Der Bund behält sich aber auch hier eine eigene Prüfung und Bewertung der Vorhaben vor.

Sowohl das Aufstellungsverfahren zum BVWP selbst als auch die Verfahren in den Ländern sollen unter Beteiligung der Öffentlichkeit stattfinden. Dazu Infrastrukturminister Volker Schlotmann: "Es ist mir wichtig, dass über bedeutsame Straßenbauvorhaben in unserem Land offen informiert und diskutiert werden kann. Damit wird ein Beitrag geleistet, um einerseits möglichst viel Akzeptanz für gewollte Maßnahme zu erreichen, andererseits aber auch um festzustellen, ob es für bisher im BVWP aufgeführte Baumaßnahmen nach wie vor Bedarf gibt."

Von großer Bedeutung ist für den Minister, dass Straßenbaumaßnahmen nicht nur unter rein wirtschaftlichem Aspekt gesehen werden, sondern dass auch städtebaulichen und raumordnerischen Aspekten ein höherer Stellenwert zukommt.

"Da das Land beim Bau von Bundesfernstraßen in Auftragsverwaltung für den Bund handelt, können wir an dieser Stelle jedoch nur Wünsche äußern oder Forderungen stellen. Die letzte Entscheidung verbleibt aber beim Bund", so Schlotmann weiter.

"Es macht daher wenig Sinn, möglichst viele Maßnahmen anzumelden. Wir wollen klare Prioritäten für das Land setzen", so der Infrastrukturminister.

Aus diesem Grund wurde bereits eine Karte vorbereitet, auf der die Maßnahmen kategorisiert sind. Grün gekennzeichnete Maßnahmen sind solche, denen aus Sicht des Ministeriums prioritäre Bedeutung zukommt. Die rot gekennzeichneten Maßnahmen sind solche, bei denen man bereit wäre, von einer Anmeldung abzusehen. Bei gelb gekennzeichneten Maßnahmen ist noch offen, ob sie zum BVWP gemeldet werden sollen.

"Ich will betonen, dass es sich bei der Kategorisierung um einen Vorschlag handelt, der als Diskussionsgrundlage dienen soll. Der Vorschlag ist offen für Veränderungen. Diese Veränderungen hängen auch vom Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit ab", verdeutlicht der Infrastrukturminister.

Nach Abschluss und Auswertung des Beteiligungsverfahrens werden die ausgewählten, kategorisierten Maßnahmen beim BMVBS angemeldet. Danach bleibt das weitere Verfahren

beim Bund abzuwarten.

Der BVWP bildet die Grundlage für Entwicklung und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur des Bundes. Er wird vom Bundesverkehrsministerium (BMVBS) aufgestellt und vom Bundeskabinett beschlossen. Die endgültige Entscheidung, welche Maßnahmen gebaut werden, trifft auf Grundlage des BVWP der Deutsche Bundestag mit Beschluss der entsprechenden Ausbaugesetze.

Kontakt:

[zur Pressestelle, zu aktuellen oder archivierten Pressemitteilungen](#)

[zurück zur letzten Seite](#)
